Die Verfassungsreform des deutschen Protestantismus.
Stellungnahme in den einzelnen Landeskirchen.

(Vgl. Ziffer 35.)

Thüringen: Der Thüringer Landeskirchentag hat einstimmig ein kirchliches Ermächtigungsgesetz verabschiedet, wonach der erweiterte Landeskirchenrat bis 31. Oktober 1933 ermächtigt ist, an Stelle des Landeskirchentages Gesetze zu erlassen u. dgl., „um der Thüringer Evangelischen Kirche die unbeschränkte Möglichkeit zum Dienst an Volk und Staat im Sinn der nationalen Erneuerung zu geben“. Der Bekenntnisgrund der Thüringer Evangelischen Kirche darf dadurch nicht berührt werden.

Ferner wurde ein Gesetz betr. den **Marxismus** in der Kirche mit allen abgegebenen Stimmen unter Einschluß der Religiösen Sozialisten angenommen, dessen entscheidender Paragraph lautet: „Wer die marxistische oder eine andere materialistische Weltanschauung vertritt oder den Klassenhaß schürt, kann nicht Pfarrer der Thüringer Evangelischen Kirche werden und kann auch nicht in eine kirchliche Körperschaft gewählt werden.“ Eine von dem Gesetzgebungs-Ausschuß beantragte Entschliebung zu dem Gesetz, wonach die als Mitglied des Bundes der Religiösen Sozialisten gewählten Abgeordneten aus dem Landeskirchentag ausscheiden, wurde hinfällig dadurch, daß die religiös-sozialistischen Abgeordneten für sich und für ihre Wistennachfolger ihre Mandate niederlegten.

In einer von den „Deutschen Christen“ im Einverständnis mit dem Volkskirchenbund beantragten und einstimmig angenommenen Entschliebung begrüßt die Thüringer Evangelische Kirche freudig die Bestrebungen, die deutschen evangelischen Landeskirchen zu einer einzigen „Deutschen Evangelischen Kirche“ zusammenzuschließen. „Diese muß eine Kirche sein, die im Volke verwurzelt ist, sich dem Dienst am deutschen Volkstum widmet und dadurch zur Heimat der deutschen Seele wird. Die Kirche ist so zu gestalten, daß sie ihre Hauptaufgabe, das reine Evangelium zu verkünden, erfüllt. Nicht das Trennende, sondern das Gemeinsame und Einigende ist zu betonen, und es ist sorgfältig darauf zu achten, daß durch die Art der neuen Organisation die kirchliche Zerklüftung unseres Volkes nicht noch vergrößert wird.“ Doch müsse der Bekenntnisstand und das innere Leben der einzelnen Landeskirchen in ihrer Mannigfaltigkeit unberührt bleiben, wofür nicht in einzelnen Landeskirchen der Wille auf

engeren Zusammenschluß drängt. Dagegen sei auf dem Gebiet des äußeren kirchlichen Lebens eine allmähliche Angleichung mit dem Ziele der Vereinheitlichung anzustreben.

Freistaat Hessen: Die Evangelische Kirchenregierung im Freistaat Hessen, ergänzt durch die Mitglieder der ständigen Ausschüsse des Landeskirchentages, billigte auf Grund eines Berichts von Prälat D. Dr. Diehl einstimmig die Vollmacht-Erteilung an den Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses für die kirchliche Neugestaltung. Unbeschadet des Ergebnisses der Berliner Verhandlungen soll schon jetzt für Hessen die Ueberprüfung der Kirchenverfassung zur Beseitigung überholter Einrichtungen unter wieder stärkerer Betonung des reformatorischen Synodal- und Gemeindegedankens in Angriff genommen werden. Der Verfassungs-Ausschuß des Landeskirchentages soll zu diesem Zweck durch Hinzuziehung von Vertretern der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ ergänzt werden. Ferner soll die Vereinigung der kirchlichen Verhältnisse an Rhein und Main (Großhessische Kirche) mit Tatkraft zeitgemäß gefördert werden.

Hamburg: Der Kirchenrat der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Hamburg hat einen Aktions-Ausschuß eingesetzt, dem Senior D. Horn, Synodal-Präsident Hauptpastor D. Dr. Schöffel und Pastor Tügel angehören. Seine Hauptaufgabe soll sein, die Verbindung mit dem Staat aufrechtzuerhalten und zu fördern, die Fühlung mit der deutschen Freiheitsbewegung zu erhalten und durch Fühlungnahme mit dem von Präsident Kapler eingesetzten Dreimänner-Ausschuß in Berlin an der Gestaltung der neuen Kirchenverfassung mitzuarbeiten.

Mecklenburg-Schwerin: Landesbischof D. Mendtorff hat auf Grund seiner Vollmacht ein Kirchengesetz erlassen, durch das zur Vereinfachung der kirchlichen Verwaltung das Propsten-Amt in der Landeskirche Mecklenburg-Schwerin in ein Ehrenamt umgewandelt wird. Vorschläge zu einer Neuregelung des kirchlichen Abgabewesens sind von den Beratern des Landesbischofs ausgearbeitet worden.

Altpreußen: Die verfassungsmäßigen Neuwahlen zu den Provinzialsynoden der altpreussischen Kirche finden vom 20. bis 22. Mai statt.

Rundgebungen evangelischer Verbände und Gruppen.

(Vgl. Ziffer 34.)

Auf der Jahreskonferenz der Rheinischen Superintenden ten in Neuwied forderte Generalsuperintendent N. Stoltenhoff, daß in der kommenden Deutschen Evangelischen Kirche die von den Vätern überkommene Bekenntnisgrundlage unangetastet bleibe. Dabei müsse auch der Anspruch der Union, die mehr als 100 Jahre lang das gemeinsame Gut des lutherischen und reformierten Bekenntnisses in fester Glaubensverbundenheit und in reichem Segen gepflegt habe, unbedingt voll gewürdigt werden. Die Anwesenden bekundeten dem Generalsuperintendenten einmütig ihr Vertrauen. In Übereinstimmung mit dem Vortrag wurde in der Aussprache die Wahrung der bekenntnis- und verfassungsmäßigen Sonderart der rheinisch-westfälischen Kirche als unerlässlich bezeichnet.

Der Vertrauensrat der Berliner Missionsgesellschaft begrüßt die nationale Erhebung als ein Geschenk Gottes und hofft, daß langgehegte Wünsche nach einer Neugestaltung der evangelischen Kirche in Deutschland in dieser Zeitenwende ihre Erfüllung finden.

Die Kirche sollte im rechten Sinn volkstümlich werden. Sie sollte ihre volle Kraft dem Dienst an dem Volk weihen, in das sie der Herr der Kirche gestellt hat, um Salz und Licht zu sein. Ihren Dienst kann sie nur in evangelischer Freiheit als Kirche Christi tun. Sie lebt allein vom Wort, dessen Trägerin sie sein soll. Es darf daher kein Zweifel darüber obwalten, daß in ihr einzig der Wille Gottes und des erhöhten Herrn gilt. Nichts kann deutlicher machen, daß die Kirche ihr Wesen, ihre Maßstäbe und Ziele nicht von Menschen nimmt, sondern von Gott, als kraftvoll betriebene Weltmission. Die Erfahrung lehrt, daß dadurch dem eigenen Volk nicht Kraft entzogen, sondern in überraschendem Maße zugeführt werde. Das Band zwischen Kirche und Mission muß gerade dann enger, das Bekenntnis der Kirche zu ihrer Heidenmission, diesem heiligen Erbe der letzten Generationen, gerade dann heller und lauter werden, wenn deutlicher als bisher der Dienst am Volk als die Aufgabe der Kirche bejaht wird.

Der Vertrauensrat bittet daher die, welche zur Mitarbeit am Kirchenreformwerk berufen sind, dafür Sorge zu tragen, daß die Kirche, wenn sie sich jetzt eine neue Ver-

fassung gibt, ein klares Bekenntnis zur Weltmission ablegt. Nicht nur die in freien Vereinen zusammengeschlossenen Missionsfreunde, sondern die Kirche selbst trägt vor dem Herrn die Verantwortung für die Mission. . . . Die Organisationen der deutschen evangelischen Heidenmission müssen ihrerseits bereit sein, Verzicht zu leisten und Umgestaltungen einzugehen, wo die Eingliederung der Missionsarbeit in die Kirche Hindernisse findet, ohne daß durch solche Aenderung Lebensbedingungen der evangelischen Missionsarbeit gestört werden.

Der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses hat den Reichsverband der Evangelischen Frauenhilfe als die kirchliche Frauengemeinschaft im Gesamtgebiet des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes anerkannt. Er wird von dieser Anerkennung alle Landeskirchen verständigen und um ihre sachliche Förderung bitten. Für alle Fragen und Aufgaben der kirchlichen Frauengemeindearbeit wird der Reichsgeschäftsführer Pastor Viz. Hermenau-Botsdam von der kirchlichen Führung herangezogen. Die Abteilung Mütterdienst der Evangelischen Reichsfrauenhilfe unter der Fachleitung von Frau Schloßmann-Bönnies wird als Mütterdienstwerk der Evangelischen Kirche anerkannt.

Im Anschluß an den feierlichen Eröffnungsgottesdienst der Berliner Studenten in der Dreifaltigkeitskirche am Sonntag, 7. Mai, dem der Reichspräsident beiwohnte, wurde von dem Vorsitzenden des Arbeitsausschusses der evangelischen Studentenschaft am Denkmal Schleiermachers eine Rundgebung an die evangelische Studentenschaft verlesen, in der es heißt: „Volk und Kirche gehören zusammen. Die evangelische Kirche der einigen deutschen Nation muß und wird kommen. So ergeht denn an die gesamte evangelische Studentenschaft der Ruf: Brecht mit den alten Vorurteilen einer vergangenen Zeit und laßt dem Wirken des Geistes Gottes freien Raum in euren Herzen! Bekennt euch zur Kirche der deutschen Reformation und nehmt lebendigen Anteil an dem Geschehen, das sie heute erfüllt!“

9. Mai 1933

Die Kirchenfrage

Austauschdienst
des Ev. Presbyterverbandes für
Deutschland, Berlin-Steglitz

41.

Wichtige Aufsätze.

Stimmen aus Zeitungen und Zeitschriften.

(Vgl. Ziffer 33.)

D. Dr. Otto Dieckmann behandelt im Sonntagsspiegel des „Tag“ vom 7. Mai die Bekenntnisfrage. „Nur soweit der äußere Aufbau einer Kirche mit dem Bekenntnis in innerer Verbindung steht, trock er dem Sturm der Zeit. Jede Kirchenverfassung, die einer Kirche äußerlich aufgeklebt wird, kann von einem Tag zum andern umgestürzt werden . . . Darum müssen die Bekenntnisse bleiben, wenn die Kirchen bleiben sollen“ . . . Es handle sich nicht zuerst darum, wie weit die evangelischen Kirchen Deutschlands einig werden, sondern darum, ob in diesen Kirchen die Kräfte des Glaubens lebendig sind und zu fortreißender Kraft erwachsen. „Nicht Störungszentren, sondern Kraftzentren werden gebildet, wo die Frage nach dem Bekenntnis wieder wach geworden ist.“

Superintendent Neumann (Weeskov) fordert in der „Kreuz-Zeitung“ (Nr. 122 vom 4. Mai) Abschaffung der Pfarrwahl und Besetzung sämtlicher Pfarrstellen durch die Kirche sowie Uebertragung des Vorsitzes im Gemeindefkirchenrat an Laien, statt wie bisher an die Geistlichen.

12. Mai 1933

Die Kirchenfrage
Austauschdienst
des Ev. Preßverbandes für
Deutschland, Berlin - Steglitz

42.

Die Verfassungsreform des deutschen Protestantismus.

Stellungnahme
in den einzelnen Landeskirchen.

(Vgl. Ziffer 39.)

Der Kirchenausschuß der Bremischen Evangelischen Kirche hat einen aus vier Persönlichkeiten bestehenden Aktionsausschuß eingesetzt, der die Vollmacht hat, die Eingliederung der Bremischen Evangelischen Kirche in die zu erwartende Deutsche Evangelische Kirche vorzubereiten und alle damit zusammenhängenden Aufgaben, insbesondere auch die Weiterentwicklung der Verfassung der Bremischen Evangelischen Kirche zu bearbeiten.

Der Landesverband Thüringen des Bundes Religiöser Sozialisten hat seine Auflösung beschlossen. Anlaß hierzu gaben die Vorgänge im Thüringer Landeskirchentag, die zu einer Mandatsniederlegung der religiös-sozialistischen Abgeordneten geführt hatten.

12. Mai 1933

Die Kirchenfrage

M u s t a u s s c h d i e n s t
des Ev. Presseverbandes für
Deutschland, Berlin-Steglitz

43.

Das Fortschreiten des kirchlichen Verfassungswerkes.

(Vgl. Ziffer 36.)

Amtlich wird mitgeteilt:

Die Arbeiten an der werdenden „Deutschen Evangelischen Kirche“ nehmen einen guten Fortgang. Präsident D. Dr. K a p l e r, Landesbischof D. M a r a h r e n s und Studiendirektor Pastor D. H e i s s e waren mit dem Bevollmächtigten des Reichskanzlers Wehrkreispfarrer Müller am 10. Mai im Kirchenbundesamt zu erneuter Aussprache versammelt. Sie zeigte auch diesmal völlige Uebereinstimmung. Bevor die Einzelheiten des neuen Verfassungswerkes zu abschließender Beratung kommen können, muß versucht werden, dem Geschlecht unserer Tage deutlich zu machen, was es heißt, evangelisch zu sein. Die reformatorischen Bekenntnisse, die dafür vor 400 Jahren auf Grund des Wortes Gottes den klassischen und unantastbaren Ausdruck gaben, rufen uns heute zu einem Akt des Bekenntens auf, wie er in der Sprache unserer Zeit und in den heute an uns herantretenden Fragen nötig ist.

Dafür das rechte Wort zu finden, versammeln sich die Bevollmächtigten nächste Woche in der Stille. Die deutsche evangelische Christenheit wird aufgefordert, Gottes Segen für das Werk zu erbitten.